

**Vorlage für die Sitzung des Senats am
30.04.2019**

**Sachstandsbericht zur Umsetzung des vom Senat am 18.09.2018 beschlossenen
Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof**

A. Problem

Der Hauptbahnhof ist ein zentraler Ort in der Stadt, der von vielen Bremerinnen und Bremen, aber auch auswärtigen Besucherinnen und Besuchern stark frequentiert wird. Der Hauptbahnhof hat – neben dem Zugverkehr – verkehrstechnisch als Knotenpunkt der Straßenbahnen und überregionalen Busse eine wichtige Rolle. Zudem sind rund um den Hauptbahnhof eine Reihe von Hotels, Restaurants, Discotheken (v.a. an der Discomeile) Geschäfte und u.a. das Überseemuseum. Durch den Neubau am Bahnhofsvorplatz werden diese Angebote noch weiter ausgebaut werden.

Der gesamte Bereich um den Bremer Hauptbahnhof war nach polizeilicher Bewertung ein Brennpunkt der Raub und BTM-Kriminalität. Begleitet wurde diese Kriminalitätslage von vielfältigen Unordnungserscheinungen wie Müll, abgestellten Schrottfahrrädern, Farbschmierereien, wilde Toiletten oder teils mehrtägiges Lagern bzw. Campieren von Personen teilweise mit Hunden auf dem Bahnhofsvorplatz mit den entsprechenden Auswirkungen sowie zunehmende organisierte Bettelerei. Diverse Personengruppen, z. B. aus der Drogenszene (Dealer/innen und Konsument/innen) sowie Gruppen von wohnungslosen und/oder Alkohol konsumierenden Menschen -, trafen sich regelmäßig, insbesondere im Bereich der ÖPNV-Haltestellen, vor dem Überseemuseum sowie vor dem Eingangsbereich des Bahnhofs und gaben durch ihr Verhalten regelmäßig Anlass für polizeiliches Einschreiten. Dabei berichteten die einschreitenden Beamten von einer zunehmenden Aggressivität untereinander beim polizeilichen Gegenüber. Insgesamt führte die komplexe Gemengelage nicht nur zu einer massiven Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeiten, sondern vor allem des Sicherheitsgefühls vieler Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen den Bereich um den Bahnhof aufsuchen bzw. durchqueren müssen.

Die ressortübergreifenden Konzepte wurden vom Senat mit dem „Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof am 18.09.2018 beschlossen.

Die Maßnahmen sind zum Teil umgesetzt, der anliegende Sachstandsbericht zeigt den gegenwärtigen Status quo auf.

B. Lösung

Die bestehenden Konzepte und die ressortübergreifend abgestimmten Maßnahmen für den Hauptbahnhof werden weiterentwickelt, um die erforderlichen Maßnahmen ergänzt und mit den Ressortvertretern und weiteren Akteuren der Sicherheitspartnerschaft umgesetzt.

Eine zentrale Stelle zur Programmkoordination und für das Kooperationsmanagement wurde eingerichtet und dem Innenressort federführend zugeordnet. Diese soll fortgesetzt werden, bis die Maßnahmen umgesetzt sind.

Die Beteiligung und Mitarbeit der betroffenen Ressorts und nachgeordneten Behörden an der Entwicklung und Umsetzung des Programms sowie in der Sicherheitspartnerschaft sind vom Senatsbeschluss vorgesehen und werden gewährleistet.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Der Sachstandsbericht hat keine finanziellen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen des Sicherheitsprogramms wurden in der Senatsvorlage des Konzeptes vom 18.09.2018 dargestellt.

Die Maßnahmen des Sicherheitsprogramms betreffen Frauen und Männer gleichermaßen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit den Ressorts Umwelt, Bau und Verkehr, Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, Justiz und Verfassung, Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der Senatskanzlei und der Senatorin für Finanzen abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung im Informationsregister geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den Sachstandsbericht vom 08.04.2019 zur Umsetzung des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof zur Kenntnis und bittet die Projektkoordination zusammen mit den beteiligten Ressorts die Maßnahmen fortzusetzen und weiterzuentwickeln.
2. Der Senat bittet den Senator für Inneres Ende 2019 über den Sachstand der Umsetzung zu berichten.

Anlagen: Sachstandsbericht Stand März 2019

Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof

1. Sachstandsbericht

April 2019

Inhalt

Einleitung.....	3
Projektstruktur	4
Prozesse.....	5
1. Sicherheit.....	5
1.1. Erstellung und Aktualisierung eines Kriminalitätslagebildes.....	6
1.2. Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Kriminalität und des Drogenhandels.....	6
1.3. Videoüberwachung	7
1.4. Vorrangiges Verfahren	8
1.5. Etablierung des Polizeireviers am Bahnhofplatz.....	8
1.6. Abläufe, Schnittstellen und Standards (Einschreitschwellen) mit beteiligten Behörden und Organisationen zur Beseitigung von Unordnungserscheinungen.....	8
1.7. Prävention	9
2. Sauberkeit.....	10
2.1. Reinigung und Abfallbehälter.....	10
2.2. Schnittstellen Ordnungsdienst und Bremer Stadtreinigung	11
2.3. Schrotträder	11
2.4. Öffentliche Toiletten	11
3. Alternative Angebote für Menschen in prekären Lebenssituationen, die sich häufig am Bahnhof aufhalten.....	13
3.1. Aufenthaltsorte	13
3.2. Ausweitung Streetwork.....	15
3.3. Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen.....	16
3.4. Ausweitung der Angebote der Drogenberatung.....	16
3.5. Beschäftigungsangebote	17
4. Gestaltung	18
4.1. Beleuchtung.....	18
4.2. Platz der Deutschen Einheit	18
4.3. Rückzugsraum Straße zwischen Breitenweg und Cinemaxx	18
4.4. Rückzugsraum „Auf der Brake“	18
5. Anrainer.....	19
Herausforderungen	20
Fazit	21

Einleitung

Der Senat hat am 18. September 2018 das „Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof“ beschlossen. Der Senator für Inneres hat einen zentralen Koordinator eingesetzt, um die Maßnahmen federführend ressortübergreifend umzusetzen und das Konzept weiterzuentwickeln. Die Beteiligung und Mitarbeit der betroffenen Ressorts und nachgeordneten Behörden an der Entwicklung und Umsetzung des Programms sowie in der Sicherheitspartnerschaft sind vom Senatsbeschluss vorgesehen.

Ziel des Sicherheitskonzepts ist es, den Bahnhof für alle Bremerinnen und Bremer, aber auch für auswärtige Besucher*innen attraktiver und sicherer zu machen, bzw. das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern. Der Bremer Hauptbahnhof soll ein Ort sein, der seinen unterschiedlichen Funktionen (Verkehrsknotenpunkt, Aufenthaltsort für unterschiedlichste Menschen, Eintrittsort in die Stadt) gerecht wird und für alle Menschen der Stadt eine gewisse Aufenthaltsqualität bzw. auch wirtschaftliche Grundlage bietet.

Die Wünsche und Ansprüche der verschiedenen Gruppen (Geschäftsleute, Reisende, Touristen, Pendler, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen in schwierigen sozialen Lagen, Familien mit kleinen Kindern, etc.) sind durchaus unterschiedlich und können sich auch widersprechen.

Es ist eine Gratwanderung in der alltäglichen Umsetzung des Sicherheitskonzepts diese unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse auszubalancieren. Unbestimmte Rechtsbegriffe müssen definiert werden und politische Leitlinien entsprechend entwickelt werden, damit die Ordnungs- und Sicherheitskräfte einheitlich im Sinne der abgestimmten politischen Haltung einschreiten.

Der besondere Fokus richtet sich auf das Bahnhofsgebäude und die angrenzenden Bereiche in den Grenzen Breitenweg, Bürgermeister-Smidt-Straße, Theodor-Heuss-Allee und Gustav-Deetjen-Allee, in den nachfolgenden Ausführungen wird der Bereich als Bahnhof bzw. Hauptbahnhof bezeichnet.

Auch das Bahnhofsumfeld wird erfasst, sofern die Themen in unmittelbarem Bezug zum Bahnhof stehen oder ein Verdrängungseffekt erkennbar wird. Mit Bahnhofsumfeld sind die unmittelbar angrenzenden Bereiche bis Wallanlagen, Güterbahnhof, Bürgerweide, Nelson-Mandela Park und bis zur Rembertistraße gemeint.

Projektstruktur

Die Sicherheitspartnerschaft Bremer Hauptbahnhof besteht aus Akteuren bzw. Interessenvertretern des öffentlichen und privaten Sektors, die das Programm gemeinsam kooperativ umsetzen.



Die in unterschiedlicher Verantwortung liegenden Konzepte und Maßnahmen werden vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Zielsetzung in einem Programm zusammengeführt und in Form einer Projektstruktur umgesetzt.

Die Eckpunkte des ‚Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof‘ wurden in fünf ressortübergreifenden Arbeitsgruppen mit eigenen Verantwortlichen aufgeteilt:

1. Sicherheit (Umsetzung Polizei)

Der Senator für Inneres in Kooperation mit dem Senator für Justiz und Verfassung

2. Sauberkeit (Umsetzung durch Die Bremer Stadtreinigung)

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV)

3. Bahnhofsszene (Umsetzung durch SJFIS)

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (SJFIS) in Kooperation mit der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (SWGCV)

4. Gestaltung (Umsetzung durch Planung, Bauordnung Bezirk Mitte)

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV)

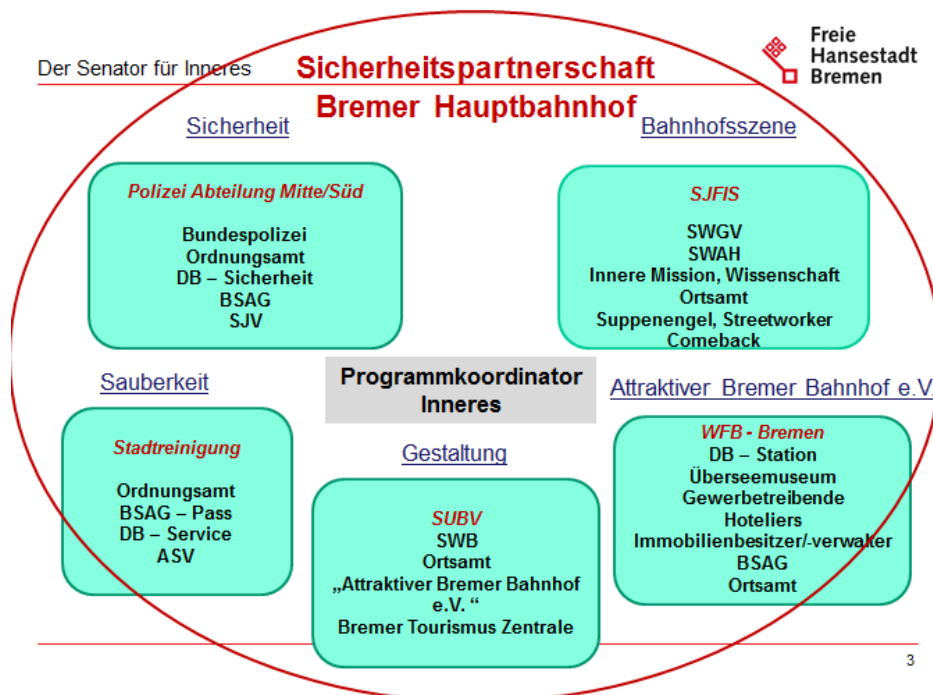
5. Vereinsgründung der Anrainer: „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ (Umsetzung durch Wirtschaftsförderung Bremen)

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (SWAH)

Die Bildung einer eigenen Arbeitsgruppe ‚Image‘, wie vom Senatsprogramm vorgesehen, ist nicht erforderlich, da die Imageverbesserung mit der Realisierung der Gesamtkonzeption des Sicherheitsprogramms entsteht.

Die Steuerung des Programms wird von den o.g. aktiven Teilprojektverantwortlichen zusammen mit dem Koordinator wahrgenommen.

Des Weiteren wurde eine Lenkungsgruppe, bestehend aus verantwortlichen Abteilungsleiter*innen bzw. Vertreter*innen benannt, die weitere Entscheidungen ressortübergreifend trifft oder ggf. für den Senat vorbereitet.



Prozesse

Nachfolgend werden die einzelnen Sachstände der Prozesse des vom Senat beschlossenen Programms dargestellt und die noch notwendigen Weiterentwicklungen und Hemmnisse erläutert.

1. Sicherheit

Während sich die Situation am Bahnhof spürbar verbessert hat, ist das Bahnhofsumfeld weiterhin ein Brennpunkt der öffentlich wahrnehmbaren Rauschgiftkriminalität und insbesondere zu den Wochenenden ein Schwerpunkt der Eigentums- und Gewaltkriminalität. Die besondere Situation aufgrund von Veranstaltungen und Großeinsätzen bleibt an dieser Stelle unberührt.

Der öffentlich wahrnehmbare Straßendeal am Bahnhof hat sich durch die Präsenz- und Kontrollmaßnahmen in das Bahnhofsumfeld verlagert. Es ist feststellbar, dass die sichtbare Drogenszene Auswirkungen auf das Umland hat, z.B. übt Bremen eine hohe Anziehungskraft auf auswärtige Käufer*innen aus. Neben der Bahnhofstraße, dem Bereich Hillmannplatz oder den Wallanlagen verlagerte sich die Szene von schwerstabhängigen Drogenkonsument*innen insbesondere auf den Bereich „Auf der Brake“, sowie aktuell auch auf den Bereich Am Dobben. Die Auswirkungen dieser Szene auf die Öffentlichkeit nahmen 2018 zu. Es findet dort offener Drogenhandel und -konsum statt. Es werden Verstecke angelegt und nach Drogen gesucht, so dass die Anlagen beschädigt werden. Starke Vermüllungserscheinungen und üble Gerüche prägen das Bild. Die Reinigung des Innenhofs wird von der Stadt übernommen, obwohl es sich an dieser Stelle um nicht eingezäunten Privatgrund handelt.

Der Zivile Einsatzdienst der Polizei hat zudem vermehrt den Verkauf von Crack - mit seinen negativen Auswirkungen auf die Abhängigen – festgestellt. Diese Menschen können aktuell durch die bestehenden Alternativangebote nicht erreicht werden.

1.1. Erstellung und Aktualisierung eines Kriminalitätslagebildes

Seit mehreren Jahren besteht ein Lagebild der Bundespolizei und Polizei Bremen zur Kriminalitätslage am Bahnhof. Für diesen Bereich findet ein ständiges Monitoring statt. Des Weiteren werden festgestellte Brennpunkte und Kriminalitätsphänomene mit der BSAG und dem Ordnungsdienst abgestimmt und die Erkenntnisse aus der Sicherheitspartnerschaft stetig mit einbezogen.

Das Konzept wird kontinuierlich angepasst, um auf eine veränderte Lageentwicklung zu reagieren.

1.2. Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Kriminalität und des Drogenhandels

Die Polizei Bremen hat bereits im Jahr 2016 aufgrund von Beschwerden über den öffentlich wahrnehmbaren Drogenhandel und Unordnungserscheinungen sowie dem beeinträchtigten Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Bahnhofsumfeld ihren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des öffentlich wahrnehmbaren Drogenhandels am Bahnhof, im Bahnhofsumfeld und im Steintorviertel verlagert.

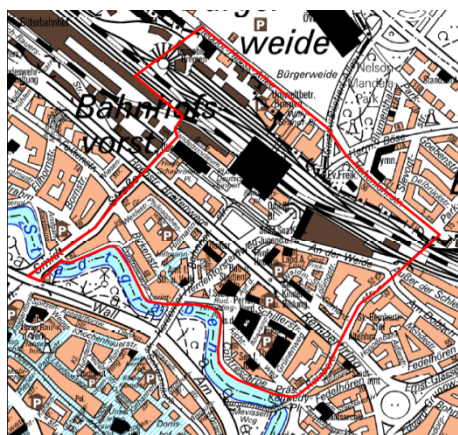
Durch die Polizei Bremen wird mit großem Personalaufwand durch zivile und uniformierte Kräfte ganzjährig sichergestellt, dass die öffentlich wahrnehmbare Kriminalität am Bahnhofplatz zurückgedrängt und bekämpft wird. Die Polizei zeigt seit Mai 2018 auf dem Bahnhofsvorplatz

erhöhte und stetige Präsenz. Seit Januar 2019 wird zur besseren Sichtbarkeit der Polizei Bremen eine mobile Wache eingesetzt. Der Einsatz der Polizei Bremen verfolgt maßgeblich die Zielsetzung, die Auswirkungen der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern.

Das polizeiliche Vorgehen wurde einem Strategiecheck unterzogen und u. a. eine ständig in der Weiterentwicklung befindliche Einsatzkonzeption erstellt. Um eine Sanktionierung von Straßendealern zu erreichen, wurde beispielsweise die Ermittlungsgruppe Straßendeal zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Straßendeals mit Erfolg eingerichtet. Erstmals gelang es in Bremen gewerbsmäßigen Straßenhandel im Handel mit geringen Mengen nachzuweisen. Sieben Haftbefehle konnten erwirkt werden. Insgesamt wurden im Jahr 2018 818 Verfahren eingeleitet, darunter nur zwölf Verfahren wegen des gewerbsmäßigen Handels mit Betäubungsmittel. Die Maßnahmen scheinen Wirkung auf die Szene zu entfachen, so kann man es den Gesprächen aus einer Telekommunikationsüberwachung entnehmen.

Die Anzahl der Verfahren wegen gewerbsmäßigem Straßenhandel könnte gesteigert werden, wenn die Schwelle um Gewerbsmäßigkeit zu begründen (3 Handelstaten in sechs Monaten), wie in anderen Städten (z.B Hamburg und München), gesenkt werden würde. Das Vorgehen gegen Drogenhändler wäre erheblich wirksamer. (Frühere Sanktionierung,)

Zusätzlich wurde ein Verfahren für längerfristige Aufenthalts- und Betretungsverbote entwickelt und implementiert.



Im Jahr 2018 wurden für den definierten Bereich des Bremer Hauptbahnhofes kontinuierlich Platzverweise ausgesprochen. Die Gesamtzahl aller ausgesprochenen Platzverweise im Jahr 2018 beläuft sich auf 1453, darunter befinden sich 146 Aufenthaltsverbote für 14 Tage und 19 Aufenthaltsverbote für 6 Monate.

Entsprechende Konzepte für die polizeiliche Zielerreichung sind beschrieben und werden umgesetzt.

1.3. Videoüberwachung

Die Leitstelle für die Videoüberwachung ist hergerichtet. Das Überwachungspersonal ist im März vollzählig und wird für die Aufgabe vorbereitet.

Die Videotechnik für den Bahnhofplatz steht zur Verfügung. Die Kameras werden sukzessive installiert. Des Weiteren wird die Einrichtung sog. ‚Notruf Zonen‘ am Hauptbahnhof geprüft.

Der Zugriff der Landespolizei auf die Videoanlage der Bundespolizei im Bahnhof ist rechtlich zurzeit nicht möglich. Es wird eine Änderung des Bundespolizeigesetzes Endes 2019 erwartet und damit ein erleichterter Zugang ermöglicht.

Ein anlassbezogener Zugang wäre denkbar, müsste aber im Einzelfall geprüft werden. Eine juristische Bewertung aus dem Bundesministerium des Innern, Bau und Heimat ist angefordert.

1.4. Vorrangiges Verfahren

Am 22. November 2018 fand ein Gespräch mit Beteiligung der Staatsanwaltschaft Bremen, Bundespolizei und Polizei Bremen über Möglichkeiten der Optimierung des Prozessablaufs zum Umgang mit von den bestehenden priorisierten Verfahrensprozessen nicht erfassten Intensiv- und Mehrfachtätern für den Bereich der Gewalt und Eigentumskriminalität statt, mit denen sowohl die Landes- als auch die Bundespolizei wiederkehrend befasst sind. Es wurde vereinbart, zunächst eine zwischen den Polizeibehörden abgestimmte Liste mit den in Frage kommenden Personen zu erstellen und diese anschließend mit der Staatsanwaltschaft zu besprechen. Diese Beschuldigtenliste befindet sich derzeit in der Abstimmung der Polizeibehörden. Eine anschließende Erörterung mit der Staatsanwaltschaft ist im Frühjahr 2019 beabsichtigt.

1.5. Etablierung des Polizeireviers am Bahnhofplatz

Der Vertrag für eine gemeinsame Wache mit der Bundespolizei ist abgeschlossen. Die Bundespolizei wird ihre Räume an der Südseite des Bahnhofs, Bahnhofplatz 14, im 2. Quartal 2019 beziehen. Die Kräfte des Reviers Innenstadt werden im zweiten Halbjahr 2019 in ihre Räume einziehen.

1.6. Abläufe, Schnittstellen und Standards (Einschreitschwellen) mit beteiligten Behörden und Organisationen zur Beseitigung von Unordnungserscheinungen

Die Landespolizei führt turnusmäßig Lagebesprechungen mit der Bundespolizei und dem Ordnungsdienst zum Bahnhof durch.

Auf der Basis der Kooperationsvereinbarung mit der Bundespolizei werden gemeinsame Streifen nach Kräfteverfügbarkeit eingesetzt. Auch der Ordnungsdienst beteiligt sich an den Präsenzmaßnahmen am Bahnhof.

Darüber hinaus bestehen enge Kontakte mit dem Präsenzdienst der BSAG und der DB Sicherheit. Die Abläufe und Einschreitschwellen in der täglichen Arbeit werden anlassbezogen abgestimmt.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, ist es eine Gratwanderung für die Ordnungskräfte, die verschiedenen Wünsche und Ansprüche der unterschiedlichen Gruppen mit den bestehenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen auszuloten. Es sollen deutliche Grenzen gezogen werden, wo andere Personen beeinträchtigt werden, es müssen aber auch gleichzeitig individuelle Freiräume akzeptiert werden. Für die handelnden Kräfte ist es notwendig, Handlungssicherheit zu schaffen und Einschreitschwellen genau zu definieren.

Oberstes Ziel ist es, die Menschen in prekären Lagen an Hilfseinrichtungen weiterzuvermitteln. Sie werden durch höfliche Ansprache dazu aufgefordert, die entsprechenden Angebote aufzusuchen. Der Übergang zwischen Akzeptanz eines gewissen Verhaltens und dem Erfordernis von polizeilichen ordnungsrechtlichen Maßnahmen bzw. einer Sanktionierung ist häufig fließend. Aus dem Grund bedarf es einer klaren politischen Vorgabe des Senats.

Vorfälle oder größere Unstimmigkeiten im Innenverhältnis sollen durch die Akteure vor Ort an den Koordinator der Sicherheitspartnerschaft weitergegeben werden, damit solche Fälle aufgeklärt und evaluiert werden können. Neben dem behördlichen etablierten Beschwerdemanagement wurde insbesondere mit der Inneren Mission verabredet, dass Klagen der betreuten Menschen unmittelbar an den Koordinator weitergeleitet werden und diese dann mit den betroffenen Stellen in der Sicherheitspartnerschaft erörtert werden.

1.7. Prävention

Die UAG Sicherheit der Sicherheitspartnerschaft thematisiert auf ihren Besprechungen Präventionsthemen und – termine für das Bahnhofsumfeld. Im Dezember wurde eine gemeinsame Präventionsmaßnahme gegen Trickdiebstähle durchgeführt. Weitere Präventionsthemen sind geplant.

2. Sauberkeit

Insgesamt macht der Bahnhofplatz einen gepflegteren Eindruck.

Die Bremer Stadtreinigung hat im Juli den Leistungsvertrag für die Reinigung des Hauptbahnhofes unterschrieben und hält diesen auch entsprechend ein. Auffälligkeiten werden im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft an die Bremer Stadtreinigung über die Mängelmelder App oder die eingerichtete zentrale Rufnummer 361 3611 gemeldet.

Darüber hinaus sollen auch die Verursacher durch zu planende, gemeinsame Kampagnen z.B. Wegwerfen von Zigarettenkippen oder Urinieren in der Öffentlichkeit zum Umdenken gebracht werden. Auch das Anliegerverhalten ist noch zu verbessern.

2.1. Reinigung und Abfallbehälter

Die Reinigungsintervalle durch Die Bremer Stadtreinigung sind festgelegt:

Der Bahnhofplatz, die BSAG Haltestellen, der „Platz der deutschen Einheit“ und die Bahnhofstraße werden zwei Mal täglich manuell gereinigt. Unterstützt wird die manuelle Reinigung zusätzlich einmal täglich (früh morgens) durch eine maschinelle Reinigung. Dies erfolgt auch an den Sonn- und Feiertagen.

Die erste Reinigung des Gebietes um den Hauptbahnhof soll jeweils morgens bis 7.00 Uhr erfolgt sein. Der zweite Reinigungsdurchlauf sollte bis 17.00 Uhr abgeschlossen sein. 1x im Monat findet zusätzlich eine Nassreinigung von Schwerpunktbereichen der BSAG Haltestellen statt.

Die Beseitigung von Aufklebern an Verkehrseinrichtungen wird durch das Amt für Straßen und Verkehr veranlasst. Es ist jedoch anzumerken, dass es nicht möglich ist, der Lage im Bereich Bahnhof nachhaltig gerecht zu werden, da gereinigte Schilder innerhalb kürzester Zeit wieder neu beklebt oder beschriftet werden. Es handelt sich um eine nicht endende Schleife, die hohe Kosten verursacht (ca. 2200 € für 500 Verkehrszeichen im Bahnhofsviertel), sodass Schilder ungereinigt verbleiben, so lange deren Sinn noch erkennbar ist. Es gibt keinen regelmäßigen Reinigungssturnus, sondern es erfolgt eine Beseitigung nach Hinweislage durch Polizei oder dem Ordnungsdienst.

Die Aufstellung von gesonderten Abfallbehältern für Pfandflaschen und Aschenbechern (sog. Kippy) haben sich (aufgrund häufiger missbräuchlicher Nutzung) nicht bewährt. Die Aufstellung von Abfallbehältern mit integrierten Aschenbechern wird regelmäßig geprüft, bei Erfordernis werden weitere Behälter aufgestellt.

2.2. Schnittstellen Ordnungsdienst und Bremer Stadtreinigung

Die Bremer Stadtreinigung und der Ordnungsdienst kooperieren bei festgestellten Unordnungserscheinungen. Das Abstimmungsverfahren für die Einhaltung der Reinigungspflicht der Anlieger ist noch offen. Hier liegt die Verantwortung auf Seiten des Ordnungsamtes.

2.3. Schrotträder

Der Prozess für die Entfernung von Schrotträdern aus dem öffentlichen Verkehrsraum und deren anschließenden Verwertung/Entsorgung ist bei der Bremer Stadtreinigung festgelegt. Die Überprüfungsintervalle inklusive Markierung mit einer Banderole und Einsammlung finden regelmäßig (alle 4 – 6 Wochen) rund um den Hauptbahnhof statt. (Häufigere Intervalle am Hauptbahnhof sind sehr arbeitsintensiv, da Banderolen oft entfernt werden). In den vergangenen 3 Monaten wurden 148 Schrotträder markiert und 45 abgeholt. Eine weitergehende Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungsdienst wird geprüft.

Ein zentrales E-Mail-Postfach zur Meldung von solchen Fahrrädern wurde bei der Bremer Stadtreinigung eingerichtet: schrottrad@dbs.bremen.de.

2.4. Öffentliche Toiletten

Ein ergänzendes Konzept zur Situation der Öffentlichen Toiletten im bahnhofsnahe Umfeld liegt zurzeit noch nicht vor.

Die Schwierigkeit besteht darin, einen Platz für die Aufstellung einer personal geführten Toilettenanlage zu finden. Die Örtlichkeit muss die Personenströme aufnehmen und von den Anrainern akzeptiert werden.

Die einzig bestehende öffentliche Toilette am Hugo-Schauinsland-Platz wird aktuell von Wohnungslosen und Suchtkranken oftmals zweckentfremdet, indem sie darin übernachten und Drogen konsumieren. Die Toilette ist durch die Begleiterscheinungen (Vermüllung, benutzte Spritzen, Verunreinigung durch Blut etc.) nur eingeschränkt geöffnet und nutzbar.

Um einen zusätzlichen Standort für eine Toilettenanlage zu finden, werden zurzeit Gespräche mit der BSAG geführt.

Zudem besteht die Absicht, das Projekt „nette Toilette“ auszuweiten. Ob die Akquisition zusätzlicher Teilnehmer*innen gelingt, ist fraglich, da im vorliegenden Quartier regelmäßig die umliegenden Geschäfte abgefragt werden.

Um die Bedürfnisse an der Ausstattung mit öffentlichen Toilettenanlagen oder Teilnehmern der „Netten Toilette“ besser kanalisieren zu können, wurde ein zentrales E-Mail Postfach zur Anmeldung eingerichtet: oeffentliche-toiletten@dbs.bremen.de.

Eine Verbesserung der Situation ist zu erwarten, wenn der Unterstand der Inneren Mission mit einer Toilettenanlage realisiert wird. Diese Toilette dient jedoch nur der Nutzung für die Menschen des Unterstandes während des Betriebes durch die Innere Mission.

3. Alternative Angebote für Menschen in prekären Lebenssituationen, die sich häufig am Bahnhof aufhalten

Wie in den Eckpunkten für ein Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof dargestellt (vgl. Vorlage für die Sitzung des Senats am 18.09.2018), gibt es bereits eine Vielzahl von sozialen Angeboten im Bahnhofsumfeld.

Dazu gehören Tagestreffs für wohnungslose oder in prekären Verhältnissen lebenden Menschen (u.a. Café Papagei, Frauenzimmer, Teestube der Hoppenbank, Bahnhofsmission) in Bahnhofsnähe sowie die Drogenberatungsstelle und das Kontaktcafé Comeback für die Zielgruppe der Konsument*innen illegaler Drogen. Zusätzlich sind Streetworker eingesetzt. Die Streetworker unterstützen jene wohnungslosen Menschen, die die Übernachtungsangebote der Stadt nicht annehmen können oder wollen. Das Team des Streetworkerprojekts „connect“ von Vaja arbeitet mit der Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die sich in Bahnhofsnähe aufhalten. Für diese Gruppe gibt es auch ein Raumangebot am Breitenweg.

Im Bahnhofsumfeld (sowie im gesamten Stadtgebiet) gibt es außerdem Notübernachtungsplätze für Männer und Frauen. Aktuell halten sich nach Aussage der Inneren Mission tagsüber ca. 50-60 und nachts ca. 25 Wohnungslose im Umfeld des Bahnhofs auf, obwohl ausreichende Kapazitäten an Notschlafplätzen vorhanden sind. Eine Erweiterung der Kapazitäten der Übernachtungsplätze ist bei Bedarf im Stadtgebiet kurzfristig möglich. Alle Unterkünfte können auch tagsüber genutzt werden. Lediglich die Notschlafstelle „Auf der Brake“ ist am Tag geschlossen, ein Aufenthalt ist während dieser Zeit im benachbarten Café Papagei möglich. Im Stadtgebiet stehen zudem auch zwei Übernachtungseinrichtungen für wohnungslose Menschen, die illegale Drogen konsumieren, zur Verfügung. Beide Unterkünfte sind auch tagsüber geöffnet und werden sozialpädagogisch begleitet.

Im Rahmen des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof wurden folgende, weitere Initiativen unternommen:

3.1. Aufenthaltsorte

Mit dem neu einzurichtenden **Treffpunkt neben dem InterCity-Hotel** und der dort dann vorhandenen sozialen Betreuung soll den Menschen, die sich oftmals im Haltestellenbereich der BSAG, aber auch an anderen Orten des Bahnhofs aufhalten, ein neuer Ort angeboten werden. Zielgruppen sind sowohl Konsument*innen illegaler Drogen, als auch wohnungslose und/oder alkoholabhängige Menschen. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und die Senatorin für

Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz begleiten die Maßnahmen zur Einrichtung des geplanten Szenetreffs der Inneren Mission. Der Verein für Innere Mission hat zur Realisierung und sozialpädagogischen Begleitung dieses Treffs zeitlich befristete Projektmittel von Aktion Mensch erhalten.

Die für die Errichtung eines Unterstands und die Installation einer Toilette notwendigen Investitionsmittel in Höhe von ca. 120.000 Euro wurden von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr freigegeben. Damit konnte mit der baulichen Umsetzung des Unterstands begonnen werden. Inzwischen sind die Stufen für den Unterstand vorhanden. Der Szenetreff wurde am 01.04.2019 eröffnet. Der Unterstand wird durch die Innere Mission – finanziert über zeitlich begrenzte Projektmittel von Aktion Mensch - betreut. Da die neue Toilettenanlage erst im Mai vom Hugo-Schauinsland-Platz versetzt werden kann, wird für die Übergangszeit eine provisorische Lösung umgesetzt.

Für die Wintermonate hat die BSAG als Übergang ab November 2018 einen ausrangierten **Bus** bereitgestellt, der bis Ende März 2019 auf der Bürgerweide von der Inneren Mission bewirtschaftet wurde. Das Angebot wurde gut angenommen, ein Erfahrungsbericht wird von der Inneren Mission gefertigt.

Ggf. sind **weitere akzeptierte, dezentrale Treffpunkte** im Bahnhofsumfeld für Menschen in prekären Lebenslagen notwendig, um die Konzentration am Bahnhof zu reduzieren und alternative adäquate Aufenthaltsorte anzubieten. V.a. die drogenabhängigen Menschen, die sich zurzeit „Auf der Brake“ aufhalten, werden aktuell von den bestehenden Angeboten noch nicht vollumfänglich erreicht.

Die **Bahnhofsmision** ist ein weiterer wichtiger sozialer Anlaufpunkt am Bahnhof. Die Bahnhofsmision hatte im Jahr 2017 ca. 52.000 Besucher*innen. Die Zahl ist im letzten Jahr auf über 56.000 angestiegen. Das Angebot der Bahnhofsmision ist niedrigschwellig. Es reicht von kleinen Hilfen, wie die Ausgabe von Pflastern, Fahrplanauskünften und Orientierungshilfen, Ausschicken von Kaffee bis hin zur sozialen Unterstützung für Menschen mit hohen psychischen oder sozialen Auffälligkeiten. Die Bahnhofsmision versucht dann, an andere soziale Hilfen im gesamten Stadtgebiet weiter zu verweisen bzw. einen Ort zu bieten, an dem die genannte Zielgruppe (zeitlich begrenzt) verweilen kann. In der Bahnhofsmision arbeiten vorwiegend Ehrenamtliche. Lediglich zwei Mitarbeiter/innen mit jeweils halber Stelle kümmern sich um die organisatorische Arbeit und die fachliche Anleitung der Ehrenamtlichen. Die beiden Mitarbeiter/innen werden durch den Verein für Innere Mission und die Caritas aus Eigenmitteln finanziert.

Das Sicherheitskonzept Hauptbahnhof hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Bahnmissionsmission. Es werden zum einen vermehrt Personen, die sich im Bereich des Bahnhofs aufhalten, auf das Angebot der Bahnmissionsmission hingewiesen. Das zeigt sich auch in den steigenden Besucherzahlen. Zum anderen werden Konflikte, die sich im Rahmen der Umsetzung des Konzepts ergeben, in die Bahnmissionsmission „mitgenommen“. Gerade Menschen mit psychischen Auffälligkeiten oder auch starkem Suchtverhalten fühlen sich durch die Situation am Bahnhof subjektiv unter Druck gesetzt. Das führt dazu, dass insgesamt die Aggression der Besucher*innen der Bahnmissionsmission deutlich zugenommen hat, sodass mit der Bundespolizei und der DB Sicherheit Absprachen getroffen wurden, wie die regelmäßige Kontaktaufnahme erfolgen soll. Ein Notrufmeldesystem für die Bahnmissionsmission wurde empfohlen und soll eingeführt werden.

Trotz dieser Sicherheitsvorkehrungen führen die vermehrten Eskalationen in den Räumen der Bahnmissionsmission aber dazu, dass die ehrenamtlich Engagierten bestimmte Schichten nicht mehr übernehmen möchten, ganz abspringen oder mehr Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte benötigen. Um die täglichen Öffnungszeiten (auch am Wochenende) aufrecht erhalten zu können und um das wertvolle Engagement der vielen Ehrenamtlichen nicht zu gefährden, ist es notwendig, dass eine zusätzliche Personalstelle (0,5 BV) – wie im vom Senat beschlossenen Sicherheitskonzept vorgesehen - durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport gefördert wird. Dies soll im zweiten Quartal 2019 erfolgen, auch wenn zu diesem Zeitpunkt der Umzug in größere Räumlichkeiten noch nicht erfolgt ist.

In Arbeit ist außerdem ein **Stadtplan mit Hilfsangeboten**, der im zweiten Quartal 2019 herausgegeben werden soll und dann allen Akteuren am Hauptbahnhof (Ordnungsdienst, Polizei, BSAG, DB Sicherheit, Stadtreinigung) zur Verfügung steht.

3.2. Ausweitung Streetwork

Um wohnungslose Menschen, die auf der Straße leben und die sich im Bahnhofsumfeld regelmäßig aufhalten, besser erreichen zu können, ist zudem eine **zusätzliche 0,5 Stelle für Streetwork** besetzt worden (Träger: Verein für Innere Mission).

Um auch Drogenkonsument*innen im Bahnhofsumfeld besser erreichen zu können, wird mit Bereitstellung der Mittel eine zusätzliche 0,5 Stelle für das Streetwork für drogenabhängige Menschen durch die Comeback GmbH besetzt. Auch die medizinische Erstversorgung wird durch die Begleitung der/des Streetworkers/Streetworkerin durch eine med. Fachkraft gestärkt.

3.3. Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen

Seit Dezember 2018 gibt es in Bahnhofsnähe ein niedrighschwelliges, langfristiges Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen. Der Personenkreis nimmt krankheitsbedingt die Unterstützungs-, Therapie- und Wohnangebote des psychiatrischen Systems nicht in Anspruch und verfügt nicht über Handlungskompetenzen, um die Obdachlosigkeit eigenständig zu beenden. Daher ist die Stadtgemeinde Bremen in besonderer Weise gefordert, für den Personenkreis ein konkretes, fachlich geeignetes Wohnangebot bereitzustellen. Die langfristig angemietete ehemalige Flüchtlingsunterkunft in zentraler Lage wurde nach dem Vorbild des sogenannten „Hotel Plus“ in Köln als niedrighschwelliges Wohnangebot für wohnungslose psychisch kranke Menschen ohne Krankheitseinsicht eingerichtet. Angeboten wird ein eigenes, abschließbares Zimmer, die Mitnutzung von Gemeinschaftsküche und Sanitäranlagen, ausgestattet mit Bett, Tisch, Stuhl und Kühlschrank.

3.4. Ausweitung der Angebote der Drogenberatung

Um drogenabhängigen Menschen ausreichende Alternativen zum Aufenthalt am Bahnhof in der Verzahnung mit Hilfsangeboten anbieten zu können, sollen die Angebote der Drogenberatungsstelle der Comeback in der Nähe des Hauptbahnhofs erweitert werden. Das im Februar 2019 der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz durch die Comeback GmbH vorgelegte Konzept beinhaltet u.a. erweiterte Öffnungszeiten (auch am Wochenende), die Erweiterung der medizinischen Versorgung, Erweiterung der Angebote zur Tagesstrukturierung, differenzierte Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund, die offene Beratung sowie Selbsthilfeangebote und Gruppenangebote zur Konsumreduzierung.

Drogenkonsumräume bieten die Möglichkeit, die Auswirkungen des offenen Drogenkonsums in der Öffentlichkeit einzudämmen, die Gesundheits- und Überlebensförderung durch Senkung des Infektionsrisikos und des Mortalitätsrisikos zu stärken sowie den Kontakt zum Hilfesystem herzustellen. Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz hat im November 2018 das Institut für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen beauftragt, zum Thema „Drogenkonsumraum in Bremen“ eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Zunächst soll untersucht werden, ob in Bremen ein Drogenkonsumraum (DKR) erforderlich ist, und welches die finanziellen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen wären. Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden Mitte 2019 erwartet. Auf Basis dieser Ergebnisse kann in einen Entscheidungsprozess eingetreten werden.

3.5. Beschäftigungsangebote

Für die Schaffung von niederschweligen Beschäftigungsangeboten für wohnungslose und/oder suchtkranke Menschen wird derzeit ein Konzept erarbeitet und die Finanzierung geprüft. Hierbei kooperieren der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz.

4. Gestaltung

4.1. Beleuchtung

Die neue Beleuchtung am Bahnhofplatz wurde im November in Betrieb genommen. Es ist noch nicht die volle Leistungsfähigkeit erreicht, da die Leuchten zurzeit von der SWB nachgerüstet werden. Die Helligkeit kann für Einsatzfälle über die Leitstelle der Polizei gesteuert werden.

Für die Vermeidung von Rückzugsräumen zwischen Innenstadt und Hauptbahnhof müssen die Bereiche Bahnhofstraße, Hillmannplatz und Herdentorsteinweg ebenfalls mit einer entsprechenden Beleuchtung ausgestattet werden. Für die Umsetzung besteht ein enger Austausch zu einer neu gebildeten Arbeitsgruppe Beleuchtung, die sich aus dem Amt für Straßen und Verkehr, der Polizei, dem Senator für Inneres und ggf. dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zusammensetzen wird.

4.2. Platz der Deutschen Einheit

Der „Platz der Deutschen Einheit“ ist eine zentrale Örtlichkeit und prägt den ersten Eindruck für den Hauptbahnhof wesentlich. Damit dieser Platz nicht die Funktion als Treffpunkt für wohnungslose und / oder Menschen in prekären Lebenslagen behält, muss dieser umgestaltet werden. Die Anrainer (Überseemuseum, Hotels, Gastronomen) haben bereits erste Ideen entwickelt und werden sich in die zukünftigen Planungen unter Federführung des Ressorts Umwelt, Bau und Verkehr einbringen.

4.3. Rückzugsraum Straße zwischen Breitenweg und Cinemaxx

Die Privatisierung der Straße hinter den Hotels, zwischen Cinemaxx und Breitenweg, wird mit den Eigentümern gegenwärtig erörtert. Die Straße soll nicht mehr als Rückzugsraum für kriminelle Milieus dienen. Das Amt für Straßen und Verkehr signalisierte die Möglichkeit der Entwidmung.

4.4. Rückzugsraum „Auf der Brake“

Der Innenhof des Siemenshochhauses soll mit Toren verschlossen werden, damit dieser keinen Rückzugsraum für Betäubungsmittelkonsumenten und -händler darstellt. Der Pachtvertrag für den Bereich ist noch nicht einvernehmlich formuliert, so dass entsprechende Tore zur Schließung des Innenraums noch nicht bestellt wurden. Es ist geplant, dass der Innenhof dann ansprechend gestaltet wird und u.a. von den Besucher*innen des Café Papagei zu den Öffnungszeiten genutzt werden kann.

Der Zugang zu dem Innenhof erfolgt dann ausschließlich über das Café Papagei (und über den Tower). Der Konsum von illegalen Drogen wird nicht geduldet werden.

Insofern ist zu erwarten, dass – wenn es zur Schließung kommt - sich die Szene verlagern und alternative Plätze suchen wird. Diese Menschen werden im Stadtgebiet für die Bevölkerung sichtbarer sein. Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft werden Überlegungen angeregt, diese Menschen mit Hilfsangeboten zu erreichen und ggf. das bestehende Angebot wie beispielsweise die Angebote der Drogenberatung vor der Schließung des Areals auszuweiten.

5. Anrainer

Ein wesentlicher Bestandteil für die Erarbeitung des Konzeptes des Sicherheitsprogramms Hauptbahnhof war die Einbeziehung der Akteure vor Ort, um Probleme zu analysieren und gemeinsame Lösungsansätze zu finden. Für die weitere, gebündelte Mitarbeit an dem Sicherheitsprogramm ist es gelungen, Anrainer zur Gründung des Vereins „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ zu bewegen. Die Satzung befindet sich in der Endabstimmung. Ein Termin zur Vereinsgründung ist von der Wirtschaftsförderung Bremen im März 2019 vereinbart worden.

Herausforderungen

Armutszuwanderung aus Osteuropa

Ein Teil des Anstiegs von Wohnungslosigkeit, die sich rund um den Hauptbahnhof beobachten lässt, ist auf den Zuzug von EU-Bürger*innen zurückzuführen, die die als Arbeitnehmer*innen die Freizügigkeit gilt. Für EU-Bürger*innen, die am Arbeitsmarkt schließlich aber nicht Fuß fassen können und folglich auch keinen daraus abgeleiteten Zugang zum Sozialleistungssystem haben, können staatlicherseits keine Unterkunftsangebote vorgehalten werden. Ihr Aufenthalt ist dann auch nicht mehr durch die Freizügigkeit gedeckt.

Durch das Amt für Soziale Dienste können betroffenen EU-Bürger/innen lediglich eine Fahrkarte und Rückkehrhilfen in ihr Heimatland angeboten werden. Durch die Gesetzesänderung zum 01.01.2017 des § 23 SGB XII wird im Rahmen des SGB XII nur dann eine kurzfristige Unterstützung inkl. Rückkehrhilfen angeboten, um den Zeitraum bis zur freiwilligen Ausreise zu überbrücken. Die Handlungsspielräume Bremens sind hier begrenzt und müssen vor dem Hintergrund der bundesgesetzlichen Regelungen betrachtet werden. Nirgendwo in Deutschland sind EU-Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit gekommen, aber den Einstieg ins Arbeitsleben nicht geschafft haben, sozialleistungsberechtigt. Dies gilt selbstverständlich auch für Bremen.

Es gibt allerdings mehrere Beratungsangebote für EU-Bürger*innen v.a. auch aus Rumänien, Bulgarien und Polen. Dazu gehören die Projekte „BINNEN – Beratung für neuzugewanderte EU-Bürgerinnen und Bürger“ (Träger Verein für Innere Mission), das durch den ESF finanziert wird, „Chancenraum“, ein Beratungsprojekt der AWO in Gröpelingen, v.a. für Familien und MoBA – Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung. Darüber hinaus nutzen nicht leistungsberechtigte wohnungslose Menschen aus EU-Staaten die Tagesangebote und Netzwerke der Wohnungslosenhilfe. Das grundsätzliche Problem der Freizügigkeit bei fehlender sozialer Absicherung bleibt aber bestehen und stellt eine große, kaum zu lösende Herausforderung für viele deutsche Kommunen dar.

Fazit

Das Bild des Hauptbahnhofes hat sich bereits verbessert. Die ersten bzw. weiterführenden Maßnahmen aus der Sicherheitspartnerschaft greifen und haben zu einer spürbaren Verbesserung geführt. Einzelne Anwohner*innen, Pendler*innen und Bürgerinnen und Bürger berichten, dass die Polizeipräsenz positiv wahrgenommen wird. Die Zielsetzung dieser Präsenzmaßnahme, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in diesem Bereich wieder zu stärken, konnte erreicht werden.

Neben der Polizei haben auch der Ordnungsdienst und die BSAG ihren Schwerpunkt am Hauptbahnhof gesetzt. Mobile Service Mitarbeiter (sog. MSM) der BSAG zeigen stetig an den Haltestellen Präsenz und dienen als Ansprechpartner für Reisende. Die Situation an den BSAG Haltestellenhäuschen hat sich verbessert und ist zufriedenstellend. Die Alternativangebote wie der Kältebus auf der Bürgerweide in Zusammenhang mit den Präsenzmaßnahmen durch Polizei und Ordnungsdienst greifen.

Es muss jedoch auch immer berücksichtigt werden, dass erfahrungsgemäß gewisse Probleme einhergehend mit verbessertem Wetter vermehrt auftreten und sich die Situationsbeschreibung auf die Herbst- und Wintermonate bezieht.

Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass sich die Aufenthaltsqualität für Besucher*innen und Anrainer*innen am Hauptbahnhof verbessert hat. Die Präsenz von Polizei, aber auch Ordnungsdienst, BSAG und DB Sicherheit, in Zusammenhang mit der regelmäßigen Reinigung und den sozialen Alternativangeboten, haben bereits zu einer Verbesserung der Situation geführt.

Die Umsetzung des Sicherheitsprogramms wird gelingen, wenn das gemeinsame Ziel und die Ausrichtung eindeutig sind, die Netzwerkpartner weiterhin kooperativ auf kurzem Weg zusammenwirken und die finanziellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen gegeben sind.